

September/Oktober 2007

Termine

28.09.2007

57. Berliner Oktoberfest

30.09.2007

34. Berlin-Marathon

03.10.2007

Tag der deutschen Einheit

08.10.2007-12.10.2007

Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

15.10.2007-20.10.2007

Herbstferien in Berlin

18.10.2007-19.10.2007

EU-Gipfel in Lissabon

22.10.2007-26.10.2007

Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

22.10.2007

CDU-Bundesvorstand

22.10.2007-25.10.2007

Sitzungswoche
Europäisches Parlament
Straßburg

26.10.2007-28.10.2007

Jugendmesse YOU Berlin 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Der Deutsche Bundestag hat nach dem Ende der Sommerpause mit den Haushaltsberatungen für 2008 seine Arbeit wieder aufgenommen. Nicht nur die Große Koalition unter Führung von Angela Merkel war sich dabei einig, dass Deutschland zur Halbzeit der Legislaturperiode allen Grund zu Selbstvertrauen und Zuversicht hat. Auch die Kritik der Opposition fiel angesichts der guten Zahlen verhaltener aus als gemeinhin üblich.



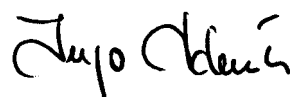
Dennoch bleibt viel zu tun. Gerade die Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten von Amerika hat gezeigt, wie wichtig es ist, den Standort Deutschland gegen weltkonjunkturelle Ereignisse zu wappnen. So werden wir jetzt daran gehen, die in den letzten Monaten vieldiskutierte Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf unter 3,9 Prozent umzusetzen. Daneben werden wir nach der Unternehmensteuerreform unseren Weg zur Schaffung wettbewerbsfähiger Investitionsbedingungen mit einer Neuordnung der Erbschaftssteuer fortsetzen. Noch immer droht hier im Falle des Übergangs von mittelständischen und Familienunternehmen wegen der hohen Belastungen das Ende der Betriebe sowie der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze.

Schließlich befindet sich die Staatsquote mit heute 44,5 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Hier werden wir die Dinge in die richtigen Bahnen lenken, um bis 2009 eine weitere Reduzierung auf 42,5 Prozent zu erreichen.

Auf einem anderen Gebiet, der inneren Sicherheit, haben uns die Ereignisse der letzten Wochen vor Augen geführt, dass die von Wolfgang Schäuble angestoßene Diskussion ganz und gar nicht rein hypothetischer Natur ist. Die verhinderten Anschläge dreier junger Männer, darunter zwei zum Islam konvertierte Deutsche, haben ein grelles Schlaglicht auf die Notwendigkeit geworfen, den Diensten endlich effektive Instrumente an die Hand zu geben. Wenn nun hier und da das Argument zu hören es ist, der Fahndungserfolg habe gezeigt, dass es auch ohne Onlineuntersuchung gehe, ist dies verfehlt. BND und Generalbundesanwaltschaft haben im Nachgang ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es in bestimmten Einzelfällen erforderlich sei, auf die Computer von Verdächtigen zugreifen und sich so die entscheidenden Informationen beschaffen zu können

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt den Bundesinnenminister daher uneingeschränkt. Das BKA-Gesetz muss nicht nur die Onlineuntersuchung regeln, es muss auch zügig kommen. Hierfür ist es nicht zwingend, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum nordrhein-westfälischen Sicherheitsgesetz abzuwarten. Der Deutsche Bundestag ist in der Lage, eigenständig verfassungskonforme Vorschriften zu verabschieden.

Mit freundlichen Grüßen



Ingo Schmitt, MdB

Afghanistan-Einsatz muss fortgeführt werden

Von **Karl-Georg Wellmann, MdB**

Afghanistan war die Geburtsstätte des Terrorismus. Nicht nur die Attentäter des 11. September wurden dort ausgebildet, sondern in den Ausbildungslagern von Al Kaida wurden auch die Urheber zahlreicher anderer Terroranschläge geschult. Die internationale Gemeinschaft hat Verantwortung für den Aufbau einer staatlichen Ordnung in Afghanistan übernommen. Unsere Soldatinnen und Soldaten sind nun seit fast sechs Jahren in Afghanistan. Sie helfen dabei, ein stabiles, funktionsfähiges, auf demokratischen Prinzipien ruhendes afghanisches Staatswesen zu schaffen. Es gibt beeindruckende Erfolge:

- 1) Heute besuchen über sechs Millionen afghanische Kinder regelmäßig die Schule, davon ein Drittel Mädchen.
- 2) Das Gesundheitswesen wurde deutlich verbessert. Mehr als 80% der Bevölkerung haben heute Zugang zu einer basismedizinischen Versorgung.
- 3) Mit dem Aufbau einer nationalen Armee und einer nationalen Polizei werden wirkungsvolle staatliche Strukturen gebildet. Auch 62 deutsche Soldatinnen und Soldaten beteiligen sich an der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte.

Diese Aufgaben sind noch nicht abgeschlossen. Würde sich die internationale Gemeinschaft jetzt aus Afghanistan zu-

rückziehen, droht ein Rückfall zur Herrschaft der Taliban – und dies bedeutet eine unmittelbare Bedrohung unserer eigenen Sicherheit. Neben der militärischen Sicherung steht vor allem die zivile Wiederaufbauarbeit im Vordergrund. Dreh- und Angelpunkt ist die enge Verzahnung von ziviler und militärischer Zusammenarbeit, denn ohne militärische Absicherung lassen sich Infrastrukturprojekte und humanitäre Hilfsaktionen nicht durchführen. Aus diesem Grund ist das Engagement Deutschlands und der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan langfristig angelegt. Es ist daher in unserem eigenen Interesse, diese Aufbauarbeit weiter fortzusetzen.

Zum Weltfriedenstag am 01. September 2007

Von **Prof. Monika Grütters, MdB**

Frieden ist Pflicht. Frieden muss getragen werden von der Motivation und dem festen Willen, Konflikte gewaltfrei auszutragen. Das gilt im persönlichen Umfeld ebenso wie in der Politik.

Was bedeutet aber Toleranz? Toleranz bedeutet Respekt, Akzeptanz und Anerkennung der Kulturen unserer Welt, unserer Ausdrucksformen und Gestaltungsweisen unseres Menschseins in all ihrem Reichtum und ihrer Vielfalt. Gefördert wird Toleranz durch Wissen, Offenheit, Kommunikation und durch Freiheit des Denkens, der Gewissensentscheidung und des Glaubens.

Immer mehr Menschen, deren Lebensweise und Bewusstsein durch eine andere kulturelle Herkunft geprägt wurden, kommen in unser Land. Das Zusammenleben ist nicht leicht und kann

zu Auseinandersetzungen führen. Aus den Erfahrungen, die wir mit kulturellen und konfessionellen Konflikten in unserer Geschichte gemacht haben, müssen wir darauf bestehen, dass unter uns die Zivilisation betreffende Standards unbedingt eingehalten werden, wie sie zum Beispiel unser Grundgesetz formuliert. Ohne gemeinsame Basis ist kein Zusammenleben möglich. Keine Gruppe darf aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, keine aber darf sich auch selber ausschließen. Toleranz ist deshalb nicht zu verwechseln mit Gleichgültigkeit, auch nicht mit Ignoranz. Toleranz fordert meinen Respekt vor dem Anderssein des anderen, aber sie fordert auch den Respekt des anderen vor meiner Haltung und Lebensweise. Nur so wird sich Toleranz letzten Endes nicht als Schwäche, sondern als Stärke erweisen. Unsere Erfahrung

zeigt: Nur im zivilisierten Umgang miteinander können Geltungs- und Wahrheitsansprüche so gelebt werden, dass sie nicht auf Kosten anderer durchgesetzt werden.

Vor 2000 Jahren zeigte uns Jesus, wie Menschen durch innere Versöhnung ihren Frieden finden und auf Gewalttätigkeit gegenüber ihrer Mitwelt verzichten können. Gewalt ist, was uns am meisten verletzt, was uns an Leib und Seele zerstört, was das Zusammenleben der Menschen am schwersten eintrübt. Wer die Gewalt überwindet, ermöglicht Frieden, Freiheit, menschenwürdiges Leben. Einen Beitrag dazu kann jeder leisten. Jeder trägt Verantwortung für sich und seine Mitmenschen – und dies nicht nur am Weltfriedenstag.

Berliner Reiterstaffel bis 2012 gesichert

Ein vom Innenministerium erstelltes Gutachten bringt es auf den Punkt: „Der Einsatz der Reiterstaffel der Bundespolizei hat sich bewährt“. Die Zustimmung des Rechnungsprüfungsausschusses vorausgesetzt, ist damit der Erhalt der Reiterstaffel zumindest bis ins Jahr 2012 gesichert. Für **Kai Wegner** hat das Gutachten zwei Seiten: „Nach den Spekulationen um die vorzeitige Auflösung bin ich froh, dass sich das zuständige Innenministerium jetzt zu den Polizeireitern bekennt. Allerdings ist allen Beteiligten klar, dass eine auf 24 Pferde reduzierte Reiterstaffel für die aktuellen Aufgaben nicht ausreichend ist“, gibt der Spandauer Bundestagsabgeordnete zu bedenken.

Flughafen Tempelhof: Volksbegehren ab Oktober

Am 3. September fand vor dem Stadtentwicklungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses eine Expertenanhörung über die Zukunft des Flughafens Tempelhof statt. Anlass war das von der ICAT e.V. initiierte Volksbegehren „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen“. Das Volksbegehren, dessen zweite Stufe voraussichtlich im Oktober startet, wird von der Berliner CDU tatkräftig unterstützt.

In der Anhörung zählten die Befürworter einer Offenhaltung noch einmal die für Tempelhof sprechenden Argumente auf: die günstige Lage, welche eine optimale Anbindung des Geschäfts- und Regierungsviertels an den Flugverkehr gewährleistet; das Bestehen eines intakten Wirtschaftsgebildes mit innovativen Unternehmen wie Geschäftsfliegern und Wartungsfirmen; private und öffentliche Investoren, die nur bei fortgesetztem Flugbetrieb für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze bereitstehen; die Eigenschaft als Kapazitätsreserve während der Bauphase des Großflughafens Berlin-Brandenburg International und darüber hinaus. Einig ist man sich mit den Kritikern zumindest in einem Punkt: Es besteht keine Rechtspflicht, Tempelhof vor Eröffnung von BBI zu schließen.

Die gleichen Argumente tragen den vom Tempelhof-Schöneberger CDU-Bundestagsabgeordneten **Peter Rzepka** und der Berliner CDU-Landesgruppe initiierte Gruppenantrag "Flugverkehrskonzept für den Großraum Berlin überprüfen – Flughafen Berlin-Tempelhof offenhalten". Der Antrag wird von über 100 Parlamentariern verschiedener Fraktionen unterstützt. Er fordert die Bundesregierung auf, sich

mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Fortsetzung des Flugbetriebs am Standort Tempelhof einzusetzen.



In der Plenardebatte der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause sprachen sich **Peter Rzepka** und der CDU-Landes- und Landesgruppenvorsitzende **Ingo Schmitt** in ihren Reden für die Offenhaltung Tempelhofs aus. Beide wiesen darauf hin, dass der Flughafen ein einmaliger Standortvorteil für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung Berlins ist. Der erste Zivilflughafen der Geschichte habe als Architekturdenkmal und „Mutter aller Flughäfen“ weltweite Ausstrahlung. Außerdem spreche sich eine große Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner für den City Airport aus.

Der Bundestag wird sich auch nach der Sommerpause in den zuständigen Ausschüssen mit dem fraktionsübergreifenden Antrag zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof beschäftigen.

Energie- und Klimaprogramm beschlossen

Der Bundestagsabgeordnete **Ingo Schmitt** begrüßt das von der Bundesregierung beschlossene Energie- und Klimaprogramm. „Es enthält sehr konkrete Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien und verleiht Deutschland damit eine Vorreiterrolle auch innerhalb der Europäischen Union“, so **Schmitt**. Im Mittelpunkt stehen dabei die Sicherheit der Energieversorgung, tragbare Energiekosten und Umweltverträglichkeit. Die Mittel für den Klimaschutz werden bis 2008 von bisher 700 Millionen Euro auf künftig 2,6 Milliarden Euro aufgestockt.

Das Programm soll bis Ende des Jahres in konkrete Gesetze umgesetzt werden. Es umfasst unter anderem eine Absenkung des CO₂-Asstosses bis zum Jahre 2020 um vierzig Prozent gegenüber 1990 sowie den Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromproduktion von heute

13 Prozent auf 25 bis 30 Prozent im Jahre 2030.

Insbesondere erweisen sich die Unternehmen im Bereich erneuerbarer Energien jedoch als wahrer Beschäftigungsmotor. Im vergangenen Jahr waren bereits über 230.000 Menschen in dieser Branche beschäftigt. Belief sich die Zahl in 2004 noch auf 157.100 Arbeitsverhältnisse, so ist das eine Steigerung von annähernd 50 Prozent. Mit dem Ausbau dieses Sektors werden so gleichzeitig Innovation, Wachstum und Beschäftigung gefördert. Schon heute wird deutsche Umwelttechnologie weltweit exportiert. Im Vordergrund stehen dabei zumeist Wassergewinnung und –aufbereitung sowie die Erzeugung und Verteilung elektrischen Stroms. Die sich künftig eröffnenden neuen Potentiale gilt es zu nutzen, auch und gerade im Interesse der heimischen Wirtschaft.

Kabinettsbeschlüsse von Meseberg sind ein großer Erfolg zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Von Prof. Monika Grütters, MdB

In Deutschland herrscht ein eklatanter Fachkräftemangel. 2006 hat es rund 45.000 freie Stellen gegeben, aber nur 30.000 arbeitslose Ingenieure. Mittlerweile ist diese Zahl auf unter 20.000 gesunken. Ein solcher Fachkräftemangel droht zur Wachstumsbremse zu werden, zumal auch unsere Nachbarländer mit dem Problem kämpfen: In ganz Europa fehlen ca. 500.000 Spitzenwissenschaftler. Das bedeutet einen verschärften Wettbewerb um die besten Köpfe. Deshalb müssen wir Hochqualifizierten nach ihrer Ausbildung in Deutschland bessere Bedingungen und eine Berufsperspektive bieten. Deutschland muss aber auch attraktiv sein für Talente aus dem Ausland und braucht deshalb ein schlüssiges Konzept für die Zuwanderung Hochqualifizierter. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung auf ihrer Klausurtagung in Meseberg ein ganzes Bündel an Maßnahmen beschlossen, damit es in Deutschland gelingt, arbeitslose Fachkräfte wieder in Arbeit zu bringen, Talenten bessere Perspektiven zu geben und attraktiv für Qualifizierte aus dem Ausland zu sein. Diese Kabinettsbeschlüsse von Meseberg zur Bekämpfung des Fachkräftemangels stimmen zuversichtlich, denn die Bundesregierung hat sich u. a. darauf geeinigt, schon in den nächsten Monaten den Zuzug von osteuropäischen Elektro- und Maschinenbauingenieuren zu erleichtern. So können Hochqualifizierte leichter eine Stelle finden, wenn Bedarf besteht. Deutschland kann so für Talente aus aller Welt attraktiver werden. Zudem werden gezielt Studiengänge der Technik- und Naturwissenschaften an deutschen Universitäten gefördert. Der Fachkräftemangel ist ein Warnsignal, aber auch eine große Bildungschance.

Mit ELENA vom punktuellen Bürokratieabbau zur systematischen Bürokratievermeidung

Rund 3 Millionen Arbeitgeber in Deutschland stellen Jahr für Jahr etwa 60 Millionen Entgeltbescheinigungen in Papierform aus. Diese Nachweise sind für die Arbeitnehmer Voraussetzung, um gegenüber Behörden und Gerichten Leistungsansprüche geltend zu machen. Nach einer konservativen Schätzung des Bundeswirtschaftsministeriums entstehen so für alle Beteiligten Kosten von rund einer viertel Milliarde Euro pro Jahr. „Kosten die durch die konsequente Nutzung von modernen Technologien heute vermeidbar wären. Es reicht nicht, einfach einige unnütze Paragraphen zu streichen. Wir müssen vor allem die Gesetzesumsetzung mit dem Ziel modernisieren, Bürokratie systematisch zu vermeiden“, erklärt der Spandauer Bundestagsabgeordnete **Kai Wegner**. Er beschäftigt sich bereits seit geraumer Zeit intensiv mit dem Thema Bürokratieabbau und -vermeidung.

Auch wenn es mit der SPD nicht immer leicht ist, die unionsgeführte Bundesregierung rückt unnötiger Bürokratie zu Leibe. Nach der Verabschiedung der Mittelstandsentlastungsgesetze und der Einrichtung des Normenkontrollrates wird sie unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums bald ein neues, wegweisendes Bürokratieabbau-Instrument auf den Weg bringen:

den Elektronischen Entgeltnachweis auch kurz „ELENA“ genannt.

Denn während bislang Arbeitgeber und -nehmer verpflichtet sind, die Bescheinigungen schriftlich auszustellen bzw. vorzulegen, werden im ELENA-Verfahren die Einkommensdaten vom Arbeitgeber monatlich elektronisch an eine zentrale Datenbank gemeldet. „Aus dieser zentralen Speicherstelle können die Behörden und Gerichte nach der Freigabe des Bürgers dann ausschließlich auf die Daten zugreifen, die sie von Rechts wegen benötigen, um den Antrag auf Leistung zu bearbeiten. Der Datenschutz hat höchste Priorität“ betont **Wegner**.

Schutz vor Missbrauch bietet vor allem die sogenannte qualifizierte elektronische Signatur mit qualifiziertem Zertifikat. Sie erfüllt höchste Anforderungen an Fälschungssicherheit und ist im privaten wie öffentlichen Rechtsverkehr gleichwertig zur eigenhändigen Unterschrift.

In einer Erprobungsphase hat das gemeinsam mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten entwickelte Verfahren bereits seine technische und organisatorische Umsetzbarkeit unter Beweis gestellt. Das Bundeskabinett wird sich nach der Sommerpause mit dem Gesetzentwurf beschäftigen.

Wanderausstellung „Unsere Bundestagsabgeordneten“ macht Station im Steglitzer Schloß-Straßen-Center

Vom 8. - 13. Oktober 2007 ist der Deutsche Bundestag live vor Ort im Berliner Südwesten zu erleben. Auf Initiative von **Karl-Georg Wellmann**, MdB, ist die ganztägige Ausstellung "Unsere Abgeordneten" des Deutschen Bundestages im Steglitzer Schloß-Straßen-Center zu sehen. Eine Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger sowie ein gemeinsamer Rundgang durch die Ausstellung bilden den offiziellen Auftakt der Veranstaltung.

Mit der Wanderausstellung informieren die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in den Wahlkreisen über ihre Arbeit, die Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments und den Gang der Gesetzgebung. Die Leistungen des Parlaments in den letzten Jahrzehnten und die Herausforderungen für die Zukunft sind außerdem Thema dieser Ausstellung. Auf 22 Tafeln werden den Bürgern die Informationen durch Texte, Bilder und Grafiken vermittelt. Broschüren liegen zur kostenlosen Mitnahme bereit. Darüber hinaus erhalten die Besucherinnen und Besucher interaktiv Einblicke in die Parlamentsarbeit des Deutschen Bundestages, da Computerplätze in die Ausstellung integriert sind.

Am 12. Oktober haben dann alle interessierten Bürgerinnen und Bürger von 16 - 19 Uhr die Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit „ihrem“ Bundestagsabgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf. Die Diskussion mit **Karl-Georg Wellmann**, MdB, wird sich u.a. mit dem Thema: „Stärkung des Wirtschaftsraumes Südwest/Schloßstraße“ befassen.

„Ich freue mich, dass diese informative Ausstellung erstmals im Wahlkreis eines Berliner CDU-Abgeordneten zu Gast ist“ erklärt **Karl-Georg Wellmann**, MdB. Damit bietet sich eine gute Gelegenheit, die Funktionsweise des Parlaments transparent und bürgernah zu vermitteln.

KONTAKT

Die Bundestagsabgeordneten der
Berliner Landesgruppe
in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Ingo Schmitt
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362
Fax: 030. 227-76463
www.ingo-schmitt.de

ingo.schmitt@bundestag.de



Prof. Monika Grütters

Tel: 030. 227-70222
Fax: 030. 227-76223
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



Peter Rzepka

Tel: 030. 227-70999
Fax: 030. 227-76999
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



Kai Wegner

Tel: 030. 227-77610
Fax: 030. 227-76312
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



Karl-Georg Wellmann

Tel: 030. 227-70300
Fax: 030. 227-76304
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 · 10111 Berlin